

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Makurath,
liebe Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat,
liebes Team der Verwaltung,
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

wesentliche Daten des neuen Haushalts haben wir schon kennen gelernt. Im Entwurf 2020 sticht vor allem ein Posten ins Auge: die Gewerbesteuer. Während das für uns besonders gute Gewerbesteuer-Jahr 2019 zu Ende geht, wird 2020 für Ditzingen deutlich weniger abwerfen; in Aussicht stehen nur noch rund 34 Millionen. Damit werden die städtischen Erträge insgesamt wohl um mehr als 10 Millionen Euro zurückgehen. Immerhin, für 2020 bleibt der Ditzinger Haushalt im Ergebnis ausgeglichen. Danach drohen Defizite. Vor uns liegen keine fetten Jahre, sondern magere.

Daher spricht die Verwaltung von einem „Wendepunkt der kommunalen Haushaltspolitik“. Ditzingen, so lautet die Devise, müsse sich ab sofort beschränken auf seine städtischen Pflichtaufgaben – und auf alles Weitere verzichten. Das klingt zunächst schlüssig, zumal die Pflichten momentan besonders schwer wiegen: Erscheint es nicht wie verhext, dass wir in sämtlichen Stadtteilen zugleich große Schul- und Kitabauprojekte zu bewältigen haben? Kaum ist in Hirschlanden die Theodor-Heuglin-Schule fertig, geht es in der Kernstadt mit der Konrad-Kocher-Schule weiter; fast wie nebenbei wird die Grundschule Heimerdingen umgebaut. Das Schulzentrum Glemsaue braucht eine Erweiterung mit neuen Fachräumen, nebenan entsteht die rund 3,6 Millionen Euro teure Ersatz-Sporthalle.

In Schöckingen bekommt der Kindergarten Brechloch de facto einen Neubau für 2 Millionen, und beim Johanneshaus wartet bereits die nächste Baustelle. Kein Zweifel, all dies ist im Kern unumgänglich. Kein Zweifel auch – und darin liegt ein Trost: Das Geld ist für die Bildung gut investiert. Hinzu kommen steigende Personalkosten, steigende Umlagen, Abschreibungen und etliches mehr. Fest steht, diese Ausgaben summieren sich beträchtlich, und sie fehlen an anderer Stelle. Sie fehlen uns beispielsweise am Bahnhof, wo wir auf eine neue Brücke und ein Fahrradparkhaus auf unbestimmte Zeit warten müssen. Das finden wir Grüne besonders schmerzhaft. Denn ohne Radparkhaus und ohne angeschlossene Fußgängerbrücke bleiben die Park-and-Ride-Etage, der Busbahnhof und bleibt letztlich der ganze Bahnhof nur infrastrukturelles Stückwerk.

Das Beispiel Bahnhof zeigt noch etwas anderes. Die vorgeschlagene Trennung von Pflichtaufgaben und Kürprogramm ist leider noch nicht die Lösung, sondern genau darin liegt künftig ein Arbeitsauftrag. Was ist denn eine Pflichtaufgabe und was nicht? Sind etwa Fahrradstellplätze am Bahnhof verzichtbar? Nein, das sind sie nicht – nur werden wir uns jetzt eine Alternative überlegen müssen. Mehr

noch, die Rede vom Wendepunkt ist überhaupt missverständlich, denn „Wendepunkt“ signalisiert schließlich eine Umkehr. Uns dagegen droht in Wirklichkeit, bei knapperen Kassen, genau das Gegenteil: Sind wir nicht vielmehr dabei, weiterzumachen wie bisher – so gut es geht, nur eben mit geringeren Mitteln? Weitermachen jedoch wäre keine gute Strategie, sondern darin sehen wir im Gegenteil eine Gefahr.

Ein wirklicher Wendepunkt wäre erreicht, wenn wir uns endlich an den immer drängenderen übergeordneten Entwicklungen und Einsichten orientieren, die auch Ditzingen stärker und stärker betreffen. Ich spreche von Klimaschutz und Umweltschutz. Einzig bei den Maßnahmen gegen Hochwasser und Starkregen liegen wir hier sichtbar auf Kurs. Am Lachengraben investieren wir 875.000 Euro für den Hochwasserschutz, also gegen die Folgen des Klimawandels. Mit dem eigentlichen Klimaschutz stehen wir in Ditzingen noch am Anfang. Vor einem Jahr haben wir uns auf einen neuen Klimamanager gefreut. Wir freuen uns immer noch! Und hoffen sehr, dass die Stelle im Frühjahr endlich besetzt werden kann – als Auftakt für einen koordinierten und umfassenden aktiven Schutz des Klimas. Derweil schreitet der Flächenverbrauch ungebremst voran. Ökologische Ausgleichsmaßnahmen sollen zwar auch in Zukunft hier vor Ort stattfinden – aber ob wir auf der eigenen Gemarkung für alles noch genug Platz haben werden, ist zumindest fraglich geworden. Ökologie am Bau hat in Ditzingen, vorsichtig formuliert, keine hohe Priorität. Auszeichnungen wie den European Energy Award bekommen einstweilen die Nachbarn. Oder klingt das alles zu überspitzt? Dann das nächste Thema: Verkehr. Wie viel Verkehrswende haben wir in Ditzingen schon eingeleitet? Es drängt sich doch sogar der Eindruck auf, als würden wir uns der Reihe nach überholen lassen: durch aktivere Nachbarstädte; durch die Region und das Land Baden-Württemberg; durch die nicht gerade für Aktivismus berühmte große Koalition im Bund, zumindest der Absicht nach; ja sogar durch die gern als „träger Tanker“ gescholtene Europäische Union – Stichwort Klimanotstand. Wie kann das sein?

Gleich wird man mir entgegenhalten, wir haben doch gerade jetzt für derlei Extras kein Geld mehr! Aber erstens sind Klimaschutz und Verkehrswende aus der Sicht meiner Fraktion keine verzichtbaren Extras. Wer diese Anliegen nicht ernst nimmt, wird vielmehr teuer dafür bezahlen – mit Lebensqualität und Gesundheit sofort, etwas später auch mit einer Menge Geld. Zweitens lässt sich gerade am Thema Verkehr zeigen, dass nicht das Geld allein den Ausschlag gibt. Seit 2014 haben wir in Ditzingen einen eigenen Haushaltsposten für die Radverkehrsförderung: es geht um 30.000 Euro pro Jahr. Ideen und Projekte gibt es genug, aber auf der Straße ist von dem Geld noch nicht viel zu sehen – weil nicht einmal dieser bescheidene Betrag ausgegeben wurde. Dafür mag es im Einzelnen Gründe geben. Doch mit einem „Antrieb“ dieser Art ist keine Verkehrswende in Ditzingen zu schaffen. Ansätze für ökologische Mobilität sind

immerhin erkennbar. Ab 2020 gilt das Stadtticket – das ist eine unserer Antworten auf die Parkplatzfrage. Wir begrüßen zudem die Verschiebung der Tarifzone, durch die Heimerdingen jetzt im VVS gleichgestellt wird. Einen wirklichen Wendepunkt markieren wir allerdings erst, wenn wir neue Prioritäten setzen. Alle klagen über ansteigenden Autoverkehr. Werden uns neue Straßen und Abbiegespuren helfen, den Strom der Kraftfahrzeuge einzudämmen? Treiben üppige Tiefgaragen nicht die Baukosten in die Höhe, verteuern sie nicht den Wohnraum? Werden kostenlose Stellplätze nicht weiterhin mehr Autoverkehr ins Stadtzentrum ziehen? Hier gibt es Potential für echte Weichenstellungen und Wendepunkte – sogar gegen wenig Geld oder umsonst. Richtig ist aber auch: Umweltschutz, Klimaschutz und neue Mobilität erfordern Investitionen in die Zukunft. Sie gehören, um das Wort noch einmal aufzugreifen, zum Pflichtprogramm. Es sind Investitionen, die uns spätere, viel höhere Kosten ersparen. In diesem Sinne wünsche ich uns allen für die kommenden Jahre nicht nur mehr Geld – sondern insbesondere auch mehr Mut: Für wirklich zukunftssträchtige Entscheidungen, die wir mit den Bürgerinnen und Bürgern, mit der Verwaltung und über die Fraktionen hinweg gemeinsam treffen. Ideen und Anstöße dafür sind sehr willkommen, von Bürgerseite ebenso wie hier aus unserem Kreis und nicht zuletzt aus unserem neuen, frisch gewählten Jugendgemeinderat. Lassen Sie uns gemeinsam nach vorne schauen!

Zum Abschluss danken wir Patrick Maier, dem Team der Kämmerei und der ganzen Verwaltung für die Vorarbeit. Meine Damen und Herren, die Fraktion von Bündnis 90 / Die Grünen hat dem Haushaltsentwurf 2020 mit den beschlossenen Änderungen zugestimmt.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Für die Fraktion von Bündnis 90 / Die Grünen
Ulrich Steller, 17.Dezember 2019